

## Leistbares Wohnen für armutsgefährdete Menschen - dringend gesucht

Leistbares Wohnen ist seit nunmehr über zwei Jahren ein ständiges Thema in Medien und Politik – und wird es wohl weiterhin bleiben. In der bisherigen Debatte war allerdings wenig Fokus auf jene Bevölkerungsgruppen gerichtet, für die Wohnen am häufigsten eine Herausforderung darstellt: Armutsgefährdete Menschen sind immer öfter mit einer steigenden Überbelastung durch Wohnkosten konfrontiert.

Roswitha Harner/Elisabeth Hammer/Markus Reiter

Wenn die derzeitige Wohnung nicht mehr gehalten werden kann und das Finden einer anderen adäquaten Wohnung nicht zeitgerecht gelingt, droht Obdach- oder Wohnungslosigkeit. Die Wohnungslosenhilfe unterstützt dann sozialarbeiterisch und mit betreuten Wohnplätzen. Allerdings gilt: Die Effektivität der professionellen Unterstützungsangebote der Wohnungslosenhilfe ist eng an die Wohnungswirtschaft und ihre Möglichkeiten der Bereitstellung von leistbarem Wohnraum gekoppelt.

### Stark steigende Überbelastung durch Wohnkosten bei armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen

Mangelnde Leistbarkeit von Wohnen wird meist mit dem Überschreiten eines maximalen Prozentsatzes am Haushaltseinkommen, der für Wohnkosten verwendet werden sollte, dargestellt. Der hierfür festgelegte Prozentsatz stellt einen rein normativen Wert dar, der u.a. von nationalen oder europäischen Statistikagenturen aufgrund politischer Übereinkünfte bei Erhebungen und Auswertungen Anwendung findet. Aussagekräftig ist er vor allem bei armutsgefährdeten Haushalten, da hohe Wohnkosten hier zur Folge haben, dass andere Grundbedürfnisse nicht gedeckt werden können.

Als armutsgefährdet gelten nach einer Eurostat-Definition jene Personen, die weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung haben. Die Armutsgefährdungsschwelle ist je nach Haushaltskonstellation unterschiedlich hoch; für einen Einpersonenhaushalt betrug sie 2013 beispielsweise € 1.104 12x im Jahr. In Österreich hatten 2013 rund 1,2 Millionen Menschen ein Einkommen unter diesem Wert (vgl. Statistik Austria 2014b), wobei hiervon rund 238.000 Personen (und damit um 7,7% mehr Menschen als im Jahr

2012) bedarfsorientierten Mindestsicherung bezogen.

Sowohl die Zusammensetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung als auch die Statistik Austria verwenden 25% als Wert für leistbares Wohnen: Wird dieser Anteil am Haushaltseinkommen überschritten, werden die Wohnkosten von der Statistik Austria als hoch bezeichnet. Im Rahmen von EU-Silc, einer jährlichen Erhebung über die Lebensbedingungen privater Haushalte in der EU, werden der Wohnkostenanteil im Haushaltseinkommen und die Anzahl der Personen mit hohen Wohnkosten regelmäßig erhoben, wobei sich ein kontinuierlicher Anstieg abbildet. Im Folgenden werden einige Werte für armutsgefährdete Haushalte dargestellt:

Im Jahr 2013 waren österreichweit 72% (2009: 59%) der armutsgefährdeten Personen mit einem Wohnkostenanteil<sup>1</sup> von über 25% konfrontiert. (Vgl. Statistik Austria 2014b, 2014c) Im europäischen Vergleich sind in Österreich überdurchschnittlich viele armutsgefährdete Haushalte von einer hohen Wohnkostenbelastung betroffen, wobei sich die Lage im 5-Jahres-Vergleich wesentlich verschlechterte. Von Eurostat wird eine Überbelastung durch Wohnkosten ab einem Anteil über 40% des Haushaltseinkommens standardmäßig ausgewertet. In der EU waren davon im Jahr 2013 37,5% (2010<sup>2</sup>: 38,4%) der armutsgefährdeten Personen betroffen, wobei Österreich mit 39,1% (2009: 30,4%) über dem europäischen Durchschnitt liegt. Dieser Wert ist in Österreich in den letzten Jahren sogar stark gestiegen, während er im europäischen

<sup>1</sup> Wohnkostenanteil: Anteil der äquivalisierten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen, Wohnkosten: Nach EU-Skala äquivalisierte Kosten pro Jahr für alle Rechtsverhältnisse für Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung von Wohnraum, Heizung, Energie, Instandhaltung

<sup>2</sup> Für 2009 sind keine Daten abrufbar.

Raum abgenommen hat.<sup>3</sup> Bedeutend ist, dass nicht nur die Anzahl der armutsgefährdeten Menschen mit sehr hoher Wohnkostenbelastung steigt, sondern auch die durchschnittliche Höhe dieser Wohnkosten. Diese sind in Österreich von 39% im Jahr 2009 auf 43% im Jahr 2014 gestiegen. (Vgl. Statistik Austria 2014b, 2014c)

Zusammenfassend gilt, dass Wohnen für immer mehr armutsgefährdete Personen, die sich am regulären Wohnungsmarkt wohnversorgen, eine finanzielle Überbelastung darstellt. Während diese Gruppe im europäischen Raum leicht sinkt, steigt sie in Österreich stark an. Anzumerken ist, dass Personen, die sich nicht (mehr) am regulären Wohnungsmarkt wohnversorgen können – daher beispielsweise prekär bei FreundInnen oder Bekannten unterkommen oder Angebote der Wohnungslosenhilfe in Anspruch nehmen – nicht Teil der Stichprobe von EU-Silc sind.

### **Die Entwicklung von Wohnkosten in Österreich: Starker Anstieg der Mietpreise bei höherem Risiko befristeter Mietverhältnisse**

Für die oben dargestellte finanzielle Überbelastung mit Wohnkosten ist einerseits die Entwicklung der Einkommen und andererseits die Entwicklung der Wohnkosten relevant.

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung stellt – sofern sie in Anspruch genommen wird – als subsidiäre Leistung zur Sicherung des Lebensbedarfs eine Untergrenze eines regelmäßigen Einkommens dar und wird häufig zusätzlich zu Erwerbsarbeit bezogen („Working Poor“). Sie wird je Bundesland in unterschiedlicher Höhe gewährt, liegt jedoch signifikant unter der Armutsgefährdungsschwelle. In Wien wurden 2014 beispielsweise maximal € 813,99 aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung 12x pro Jahr für einen Einpersonenhaushalt bzw. € 1.220,98 für ein Paar ausbezahlt.<sup>4</sup> Von diesem Wert ist ein 25%iger Grundbetrag für die Deckung des Wohnbedarfes vorgesehen, zu welchem die Bundesländer zusätzliche Leistungen gewähren sollen, wenn die angemessenen Wohnkosten durch den Grundbetrag nicht vollständig gedeckt werden können. In Wien kann er durch die Mietbeihilfe aufgestockt werden; auf maximal € 304,22 für ein bis zwei Personen bzw.

€ 318,06 für drei bis vier Personen<sup>5</sup>. Dieser Wert ist – für Wien – als politisch festgesetzter Maximalwert angemessener Wohnkosten für MindestsicherungsbezieherInnen zu werten. (vgl. Dimmel/Pratscher 2014)

Verbreitert man den Blick auf die Einkommensentwicklung allgemein, so zeigt der Rechnungshofbericht 2014, dass vor allem ArbeiterInnen und niedrige Einkommensgruppen von einem deutlichen Rückgang der inflationsbereinigten Einkommen betroffen sind. (vgl. Rechnungshof 2014: 16). Ein kontinuierlich steigender Anteil an Wohnkosten, bezogen auf das verfügbare Haushaltseinkommen armutsgefährdeter Menschen, verwundert damit nicht.

Gleichzeitig sind die Wohnkosten während der letzten Jahre kontinuierlich und stark gestiegen. Die durchschnittliche Miete pro Quadratmeter (inklusive Betriebskosten) betrug 2013 in Österreich € 6,67. Privat vermieteter Wohnraum ist dabei besonders teuer und steigt am stärksten: So ist der durchschnittliche Quadratmeterpreis zwischen 2009 und 2013 insgesamt um 13% gestiegen, im Segment der privat vermieteten Haushalte jedoch um 17%. (vgl. Statistik Austria 2014a)

Der Anstieg der durchschnittlichen Mietpreise ergibt sich auch dadurch, dass kürzlich abgeschlossene Mietverträge teurer sind: Bei Mietverträgen, die kürzer als 5 Jahre bestehen, betrug der durchschnittliche Quadratmeterpreis im Jahr 2013 € 7,61, bei Verträgen die bereits vor mehr als 30 Jahre abgeschlossen wurden, hingegen € 4,75/qm. Die Tendenz, dass kürzlich abgeschlossene Mietverträge teurer sind, zieht sich durch alle Hauptmietsegmente, ist jedoch wieder bei privat vermieteten Wohnungen besonders gravierend. Mangelnde Leistbarkeit von Wohnraum ist daher besonders für jene Personen problematisch, die ein neues Mietverhältnis begründen; insb. wenn sie die Voraussetzungen oder Wartezeit für das gemeinnützige Wohnbausegment bzw. den Gemeindewohnbau (noch) nicht erfüllen und aus diesem Grund ausschließlich auf die private Wohnungswirtschaft zurückgreifen können.

Einen neuen Mietvertrag abzuschließen bedeutet aber tendenziell nicht nur höhere Wohnkosten und eine höhere Wohnkostenbelastung, sondern auch, dass es unwahrscheinlicher ist, einen unbefristeten Mietvertrag abschließen zu können. Die Anzahl von befristeten Mietverträgen stieg im privat

<sup>3</sup> <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tessi163&language=en> [07.01.2015]

<sup>4</sup> <https://www.wien.gv.at/gesundheit/leistungen/mindestsicherung/mindeststandards.html> [22.12.2014]

<sup>5</sup> <https://www.wien.gv.at/gesundheit/leistungen/mindestsicherung/pensionsbezieherinnen.html> [22.12.2014]

vermieteten Wohnsegment von 50% im Jahr 2004 auf 62% im Jahr 2009 (vgl. Tockner 2012: 8), wobei befristet vermietete Wohnungen – trotz des verpflichteten 25% Abschlages – durchschnittlich teurer vermietet werden als unbefristete. (Statistik Austria 2014a)

Für armutsgefährdete Menschen ist ein Wohnungswechsel oder ein Verlust der derzeitigen Wohnmöglichkeit daher besonders herausfordernd und in der Regel mit einer übermäßigen Wohnkostenbelastung verbunden. In manchen Fällen ist es für diese Menschen nicht möglich, sich rechtzeitig selbst angemessen leistbar mit einer Wohnung zu versorgen.

### **Höhere bzw. längere Betroffenheit von Obdach- und Wohnungslosigkeit durch mangelnde Leistbarkeit des Wohnens**

Im europäischen Kontext ist gerade in den letzten Jahren ein Anstieg an Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit zu verzeichnen. Lediglich in Finnland ist ein Rückgang der Betroffenheit feststellbar, wobei das bessere Abschneiden Finnlands durch ExpertInnen nicht zuletzt auf eine verbesserte strukturelle Vernetzung zwischen der Wohnungswirtschaft und der Wohnungslosenhilfe zurückgeführt wird. Die Daten auf europäischer Ebene zeigen zudem, dass innerhalb der Gruppe obdach- bzw. wohnungsloser Menschen zunehmend junge Menschen und Menschen, die zugewandert sind, betroffen sind. (vgl. Busch-Geertsema et al 2014)

Europaweit übergreifende Begründungen für den Anstieg von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit liegen einerseits am Mangel an leistbarem Wohnraum bzw. dem Anstieg von Hürden zu bestehendem leistbarem Wohnraum und sind andererseits – länderspezifisch in unterschiedlichem Ausmaß – in erhöhter Arbeitslosigkeit, Kürzung von staatlicher sozialer Unterstützung, Auswirkungen der Wirtschaftskrise sowie Barrieren zu Gesundheits- und Sozialleistungen zu suchen. (vgl. Busch-Geertsema et al 2014)

Es ist davon auszugehen, dass die dargestellten Faktoren – steigende individuelle Wohnkostenbelastung, höhere Mietpreise, die Zunahme befristeter Mietverhältnisse sowie die Einkommensentwicklung und die Höhe der sozialen Transferleistungen – jedenfalls in mittelbarer Hinsicht auch zu einem Anstieg von Obdach- und Wohnungslosigkeit führen. Ein Anstieg ist dabei einerseits darauf zurückzuführen, dass breitere Bevölkerungsgruppen davon betroffen sind. Andererseits aber auch

darauf, dass eine Phase von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit durch den fehlenden Zugang zu einer eigenständigen Wohnung zwangsweise verlängert wird. Dies ist für die Praxis der Wohnungslosenhilfe in Wien eine leider alltägliche Herausforderung, welche die Effektivität des Hilfesystems insgesamt in Frage stellt.

Das Faktum der Zunahme jener Menschen, die von Obdach- und Wohnungslosigkeit betroffen sind, wird bislang kaum im Kontext von Leistbarem Wohnen diskutiert. Ein Grund ist die Erklärung von Obdach- oder Wohnungslosigkeit durch individuelle Faktoren wie beispielsweise Suchterkrankungen, die insb. medial weiterhin hauptsächlich herangezogen werden. Strukturelle Probleme – wie insbesondere auch die Entwicklungen der Wohnungswirtschaft – werden dagegen nur wenig beachtet.

Ein weiterer Grund mag auch in der mangelnden Datengrundlage liegen: Eine fundierte Analyse der Zusammenhänge zwischen erhöhten Wohnkosten sowie des vermehrten Abschlusses befristeter Mietverträge und einer Zunahme von Obdach- und Wohnungslosigkeit, ist derzeit kaum möglich. Vielmehr ist bereits die Frage, wie viele Menschen bundesweit von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit betroffen sind und ob diese Zahl steigt, nicht zufriedenstellend zu beantworten. Die Kennzahl „registrierte Wohnungslosigkeit“ wurde 2008 erstmals erhoben und stieg bis zum Jahr 2010 um 8% auf 12.266 Personen, wobei fast drei Viertel der erfassten Personen in Wien lebten. Die ermittelte Anzahl stellt allerdings eher eine Untergrenze als eine valide Erhebung von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit dar. (vgl. BMASK 2012: 287, Schoibl 2013)

Auch die Frage, welche Faktoren häufig zu Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit führen, bleibt weitgehend unbeantwortet. (vgl. Schoibl 2013) Für Wien lassen sich nach einer Evaluierung der Wiener Wohnungslosenhilfe, im Rahmen derer betroffene Menschen befragt wurden, finanzielle Ursachen als häufigsten Grund für den Wohnungsverlust ausmachen. Nur wenige hatten jedoch eine Delogierung hinter sich: Von jenen Personen, die vor dem Erstkontakt mit der Wohnungslosenhilfe in einer eigenen Wohneinheit gewohnt hatten, waren nur 36% von einer Delogierung betroffen. (vgl. Riesenfelder et al 2012: 26) Demnach erscheint beispielsweise eine Auseinandersetzung zum Ausmaß von prekären Wohnverhältnissen und ihren Zusammenhängen mit der Begründung von

Wohnungslosigkeit lohnenswert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das Ausmaß und die Ursachen von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit nur unzureichend nachgezeichnet werden können. Das vorhandene Datenmaterial und insbesondere die Erfahrungen der Wohnungslosenhilfe zeigen jedoch, dass zunehmend breitere Bevölkerungsgruppen betroffen sind. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass sich die Phase von Wohnungslosigkeit aufgrund von fehlendem Zugang zu leistbarem Wohnraum verlängert. Im Folgenden wird dies für die Wiener Wohnungslosenhilfe näher ausgeführt.

### **Hilfe für obdach- und wohnungslose Menschen: Nur in Verbindung mit leistbarem Wohnraum nachhaltig effektiv**

In Wien zeigt sich, dass kontinuierlich mehr Menschen Unterstützungsangebote der Wohnungslosenhilfe in Anspruch nehmen, wobei das Angebot während der letzten Jahre kontinuierlich ausgebaut wurde und derzeit rund 5.000 Plätze für Menschen – denen ein Anspruch auf Unterstützung zuerkannt wird – bietet. (vgl. Riesenfelder et al. 2012: 18f; MA 24 2012: 194)

Wohnungslosenhilfe in Wien bedeutet neben der Akuthilfe mit Notquartieren, Street Work, Essens- und Kleidungsausgaben auch, gemeinsam mit den Betroffenen einen Weg aus der Obdachlosigkeit zu finden. Dafür unterstützen vor allem SozialarbeiterInnen und ÄrztInnen bei der sozialen, materiellen und gesundheitlichen Stabilisierung. Wie lange und wie intensiv die Unterstützung gestaltet ist, hängt von den Betroffenen selbst und den jeweiligen Unterstützungsfeldern ab – wie beispielsweise Vertrauensaufbau, Schuldenregulierung, psychosoziale Begleitung.

Damit diese nachhaltige Unterstützung gelingt, müssen auch die Wohnangebote der Wohnungslosenhilfe stabilere Lebensbedingungen ermöglichen als es Notquartiere für einige Nächte können. So gibt es neben institutionellen Angeboten wie Übergangswohnhäusern, die für die Unterstützungsdauer von 6 Monaten bis 3 Jahren ausgerichtet sind, auch zunehmend mobile Angebote, die ehemals von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen beim Wiedereinstieg ins Wohnen in den eigenen vier Wänden begleiten.

Die Wiener Wohnungslosenhilfe versucht ihre Angebote zunehmend an normalen Wohn- und Lebensbedingungen zu orientieren und – gemäß den Zielsetzungen einer De-

Institutionalisierung des Hilfesystems – mobile Unterstützung in der eigenen Wohnung der Betroffenen anzubieten. Derzeit wird jedoch der überwiegende Großteil der rund 5.000 Plätze im institutionellen Bereich angeboten. (vgl. MA 24 2012: 187f) Die Wohnungslosenhilfe stellt damit eine beträchtliche Anzahl an Wohnräumen zur Verfügung, welche in der Regel auf Basis eines Nutzungsvertrages und gegen die Bezahlung eines Nutzungsentgeltes<sup>6</sup> für die Dauer der Betreuungsbewilligung bereitgestellt werden. Gängige Wohnstandards – wie etwa die Schutzbestimmungen des MRG, die Wahrung von Privatsphäre und die Selbstbestimmung in der Lebensgestaltung – werden dabei in der Regel unterschritten.

Für eine professionelle Tätigkeit der Wohnungslosenhilfe generell und für eine De-Institutionalisierung des Hilfesystems im Speziellen ist der Zugang zu leistbarem Wohnraum eine zentrale Voraussetzung, die derzeit nur sehr unzureichend gewährleistet ist:

2011 wurden von Menschen, die von der Wohnungslosenhilfe (vor-)betreut wurden, rund 700 Wohnungen bezogen; 580 davon waren Gemeindewohnungen. Der kommunale Wohnungsbau stellt damit die derzeit unbestritten bedeutendste Ressource für den Übertritt von obdach- und wohnungslosen Menschen in eigenständiges und rechtlich abgesichertes Wohnen dar. Von den 700 bezogenen Wohnungen 2011 waren lediglich 1,5% aus dem Segment des gemeinnützigen Wohnbaus, obwohl diese Wohnungen grundsätzlich – neben dem Gemeindewohnungssegment – am ehesten als leistbar für obdach- bzw. wohnungslose Menschen zu werten wäre. Gemeinnützige Bauvereinigungen erreichen daher Menschen, die von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit betroffen sind, ebenso wenig wie armutsgefährdete, sozial auffällige bzw. stigmatisierte Personen. (vgl. Dimmel 2014: 87)

Für Personen aus dem Feld der Wohnungslosenhilfe in Wien wird von einem jährlichen Bedarf von mindestens 1.200 leistbaren Wohnungen ausgegangen. (vgl. Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen 2013) Diese sind notwendig, damit derzeit betroffene Menschen möglichst rasch wieder eigenständig wohnen können. Gleichzeitig gilt es mittels der Erhöhung derartiger Wohnungen einen

<sup>6</sup> Das Nutzungsentgelt beträgt für Angebote des Übergangs- bzw. Zielgruppenwohnens je nach Einrichtung zwischen € 187 und € 265 (vgl. <http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/uebergangswohneinrichtungen/> [09.09.2014]). In Einrichtungen des Angebotes Sozial Betreutes Wohnen zwischen € 187 und € 414 (vgl. <http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/dauerwohnhaeuser/> [09.09.2014]).

weiteren Ausbau der Wohnangebote innerhalb der Wohnungslosenhilfe tendenziell hintanzuhalten und diese vielmehr entsprechend der fachlichen Zielorientierung einer De-Institutionalisierung weiterzuentwickeln.

### Ein verstärkter Fokus auf armutsgefährdete sowie obdach- bzw. wohnungslose Menschen ist notwendig

Wolfgang Amann und Alexis Mundt argumentieren, dass die Wohnkosten armutsgefährdeter Haushalte vom generellen Niveau der Wohnkosten in der Region sowie „der Fähigkeit des wohnungspolitischen Systems, für arme Haushalte besonders günstigen Wohnraum bereitzustellen“ (Amann/Mundt 2014: 764) abhängen. Die aufgezeigten Entwicklungen machen deutlich, dass dies derzeit in unzureichend gelingt. So sind in Österreich immer mehr Menschen von hohen oder unzumutbaren Wohnkosten betroffen, mittlerweile sogar mehr als im europäischen Vergleich. Ob dies unmittelbar zu mehr Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit geführt hat, ist anzunehmen, aber aufgrund mangelnder Datenlage nur schwer nachzuzeichnen. In der Praxis der (Wiener) Wohnungslosenhilfe zeigt sich allerdings eindeutig, dass kontinuierlich mehr Menschen betroffen sind und der Weg zurück zu einer eigenen Wohnung zunehmend enger wird.

In einer Diskussion zu leistbarem Wohnen ist daher ein verstärkter Fokus auf armutsgefährdete Haushalte zu legen. Für Menschen, die sich derzeit in einer Phase der Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit befinden, sind darüber hinaus unmittelbar spezifische Zugänge zu adäquatem Wohnraum zu realisieren, um ein fachlich angemessenes Arbeiten der Wohnungslosenhilfe zu gewährleisten – und Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit nicht unnötig zu verlängern.

#### Literaturverzeichnis:

Amann, Wolfgang / Mundt, Alexis (2014): Armutspolitische Dimensionen von Gemeindefohnraum, gemeinnützigem Wohnbau und Wohnbauförderung. In: Dimmel, Nikolaus / Schenk, Martin / Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. Studienverlag, Innsbruck.

BMASK – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.) (2012): Sozialbericht 2011-2012. Wien.

Dachverband Wiener Sozialeinrichtungen (Hg.) (2013): Zentrale Aspekte aus Sicht der Wiener Wohnungslosenhilfe zum Thema „leistbares Wohnen“ und „soziale Inklusion am Wohnungsmarkt“. Wien.

Dimmel, Nikolaus (2014): Die Rolle des gemeinnützigen Wohnbaus im Kontext der Armutsbekämpfung. In: Amann, Wolfgang / Luggner, Klaus (Hg.): Wohnbau in Österreich. Manz, Wien.

Dimmel, Nikolaus / Pratscher, Kurt (2014): Bedarfsorientierte

Mindestsicherung (BMS) – eine Zwischenbilanz. In: Dimmel, Nikolaus / Schenk, Martin / Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. Studienverlag, Innsbruck.

MA 24 (Hg.) (2012): Wiener Sozialbericht 2012. Wien.

Rechnungshof (2014): Bericht des Rechnungshofes. Reihe Einkommen. Wien.

Riesenfelder, Andreas / Schelepa, Susanne / Wetzler, Petra (2012): Evaluierung Wiener Wohnungslosenhilfe. Wien.

Schoibl, Heinz (2013): Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit. Update des Datenüberblicks. Helix, Salzburg.

Statistik Austria (2014a): Wohnen. Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. Wien.

Statistik Austria (2014b) EU-Silc 2013. Einkommen. Armut und Lebensbedingungen. Wien.

Statistik Austria (2014c) EU-Silc 2009 VWD. Einkommen. Armut und Lebensbedingungen. Wien.

Tockner, Lukas (2012): Mietensteigerungen in Österreich und Wien. Auswertungen aus dem Mikrozensus. AK Wien, Wien.

Tockner, Lukas (2014): Leistbarer Wohnraum gesucht! In: AK Stadt, Nr. 4/2014: Wien Wächst Wien Wohnt. Wie wird aus Häusern eine Stadt. Wien.

Volker Busch-Geertsema / Lars Benjaminsen / Maša Filipović Hrast / Nicholas Pleace (2014): Extent and Profile of Homelessness in European Member States. A Statistical Update. EOH Comparative Studies on Homelessness. Brussels.

*Roswitha Harner*, BA - neunerhaus, Referentin Grundlagen & Entwicklung

Mag.<sup>a</sup> DSA<sup>in</sup> *Elisabeth Hammer* - neunerhaus, Fachliche Leitung

Mag. *Markus Reiter* - neunerhaus, Geschäftsführer

Das neunerhaus wurde 1999 mit dem Konzept der Hilfe zur Selbsthilfe gegründet und ist eine junge, moderne Sozialorganisation. Seit seiner Gründung versteht sich das neunerhaus als aktiver Player in der öffentlichen Debatte rund um das Thema Wohnungslosigkeit. Das neunerhaus geht einen neuen, innovativen Weg in der nachhaltigen sozialen Inklusion von obdachlosen Menschen. In drei Wohnhäusern in Wien und den Housing-First-Wohnungen leben rund 400 Menschen. Rund 3.000 obdachlose Menschen jährlich werden durch das neunerhaus in der Arztpraxis, der Zahnarztpraxis und mit dem Team neunerhausarzt medizinisch versorgt – Tendenz steigend. Das neunerhaus wird vom Fonds Soziales Wien gefördert und hat einen aufrechten Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse. Einen wichtigen Beitrag leisten auch die BewohnerInnen mit der Zahlung eines Nutzungsentgeltes beziehungsweise einer Miete. Für nicht finanzierte Aufwendungen und um ambitionierte Vorhaben umsetzen zu können, ist das neunerhaus auf Spenden angewiesen. Seit 2004 ist das neunerhaus ständiger Träger des Österreichischen Spendengütesiegels. BIC: RLNWATWW, IBAN: AT25 3200 0000 0592 9922, [www.neunerhaus.at](http://www.neunerhaus.at)